

Fernwasserversorgung vor immensen Aufgaben

Tilo Kummer (Linksfraktion) warnt vor „riesigem Kostenblock mit vielen Unbekannten“

Zur Situation der Thüringer Fernwasserversorgung (TFW) äußert sich Tilo Kummer (Fraktion DIE LINKE). Noch im Juli dieses Jahres, kurz vor der Landtagswahl, stellte er zwei kleine Anfragen an die Landesregierung mit dem Ziel, ein umfassendes Bild über betriebswirtschaftliche, technische und bauliche Parameter des Talsperrenbetriebs der TFW zu erhalten. Die Antworten, einschließlich einiger Tabellen, liegen erst seit Mitte September vor.

„Das ist ein Novum“, betont Kummer, „bisher verweigerte die Landesregierung Auskünfte über die wirtschaftliche Tätigkeit der TFW. Ein wissenschaftliches Gutachten der Landtagsverwaltung stellte aber den hohen Rang des Informationsrechts der Abgeordneten heraus. Der Landtag ist Haushaltsgesetzgeber und somit für die Vergabe von Fördergeldern, in diesem Fall an die TFW, verantwortlich.“

Ausgangspunkt der Prüfung durch die Landtagsverwaltung war ein 2012 von der LINKEN eingebrachter Gesetzentwurf, gerichtet u. a. auf mehr Transparenz der Trinkwasserkostenkalkulationen und jährliche Berichtspflichten gegenüber dem Parlament. Angenommen hatte ihn der Landtag auf Grund der Mehrheitsverhältnisse nicht.

Bereits 2007 setzte der Landtag auf Bestreben der Fraktionen DIE LINKE und SPD einen Untersuchungsausschuss „Strategien und Entscheidungen zur Sicherung der Thüringer Roh- und Fernwasserversorgung und mögliche Fehlverwendungen öffentlicher Mittel durch den Freistaat“ ein, weil ihm parlamentarische Möglichkeiten der Kontrolle der wirtschaftlichen Tätigkeit der TFW durch die Landesregierung beschnitten wurden.

Die TFW als Anstalt öffentlichen Rechts ging 2003 aus der Fusion der Thüringer Talsperrenverwaltung mit dem Fernwasserzweckverband Nord- und Ostthüringen hervor und ist seit-



dem zu zwei Dritteln im Eigentum des Landes. Dass sie sich im weiteren Verlauf für das Landesparlament zunehmend als „Buch mit sieben Siegeln“ erweisen sollte, ist deshalb aus heutiger Sicht umso mehr zu kritisieren.

Nachdem jetzt mit den Antworten der Landesregierung recht umfassende Zahlenreihen vorliegen, sieht sich der Abgeordnete Kummer in seinen Befürchtungen bestätigt, dass die TFW ihr Vermögen in weiten Teilen auf Verschleiß fährt, die Landesregierung sich aber augenscheinlich wenig Sorgen darüber macht. Wie sonst sei zu erklären, dass z.B. für die baulich marode Talsperre Weida in Ostthüringen seit Jahren eine Sanierungs- oder Rückbaukonzeption der anderen folgt, aber keine Entscheidungen getroffen werden? Und die Nichtentscheidungen würden den Steuerzahlern Millionen kosten.

Wie groß der Investitions- und Sanierungsbedarf und die erforderlichen Finanzmittel für das Land sind, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Jedenfalls würde diese Art Management der Versorgungssysteme vorrangig Kosten und weniger Erlöse erbringen.

Zum Beispiel sei die Weidatalsperre zusammen mit der Talsperre Zeulenroda 2012 aus der Trinkwassernutzung genommen worden, weil die Versorgung in Ostthüringen ab diesem Zeit-

punkt aus der Talsperre Leibis gewährleistet wurde. Die damit verbundene weitere Zunahme von Überkapazitäten der Trinkwasserressourcen in Thüringen kritisiert Kummer seit Bekanntwerden der Baupläne für Leibis. Dieser riesigen Investition hätte es nach seiner Überzeugung nicht bedurft, denn der Fernwasserbedarf ging seit Mitte der 1990 Jahre kontinuierlich zurück. Die Auflistung der Fernwasserabatzmengen seit TFW-Gründung 2003 in einem der von der Landesregierung vorgelegten Berichte würde zwar wieder einen steigenden Trend aufzeigen, trotzdem läge der Wert für das Jahr 2013 immer noch unter dem für 1997.

Als wesentliches Fazit aus den Informationen der Landesregierung konstatiert der Umweltpolitiker: „Das System der Thüringer Fernwasserversorgung stellt einen riesigen Kostenblock mit vielen Unbekannten dar, für den zum überwiegenden Teil der Freistaat aufzukommen hat. Man denke nur an die Erfüllung der wichtigen hoheitlichen Aufgabe des Hochwasserschutzes. Auch hierfür muss endlich klar und vor allem ehrlich dargestellt werden: Welche Anlagen benötigen eine Ertüchtigung, erfüllt das Betriebsmanagement noch die hohen Anforderungen und welche Kosten kommen auf das Land jetzt und in Zukunft zu? Deshalb ist es dringend geboten, dass für die TFW ernsthafter als bisher über zusätzliche Erlösmöglichkeiten aus dem Talsperrenbetrieb nachgedacht wird. Das Bewältigen der Energiewende ist eine immense Aufgabe. Die TFW könnte beispielsweise mit Elektroenergieerzeugung oder dem Vorhalten von Speicherkapazitäten einen noch größeren Beitrag leisten. Seitens der Landespolitik ist hierfür ein klares Bekenntnis vonnöten, die Aufgaben unterstützen zu wollen, was aber auch heißt, Geld in die Hand zu nehmen.“

Dr. Barbara Glaß

VON A BIS Z:

DDR-Geschiedene

Der Ausschuss der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW-Ausschuss) tagt derzeit zum Antrag der in der DDR geschiedenen Frauen. „Ich begrüße dieses Verfahren auf höchster internationaler Ebene und kann nur hoffen, dass den Frauen nach 25 Jahren zu ihrem Recht verholfen wird“, sagt Karola Stange (Fraktion DIE LINKE) und betont: „In Thüringen werden wir unseren Teil dazu beitragen.“

In den Sondierungsgesprächen zwischen der LINKEN, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde vereinbart, dass sich Thüringen für die Frauen einsetzen und Aktivitäten auf Bundesratsebene unterstützen wird. „Ich werde mich auch im Landtag darum kümmern, dass die Diskriminierung der 300.000 Frauen im Rentenrecht ein Ende gesetzt wird“, erklärt die Abgeordnete.

„Die von uns unterstützte und im Landtag stiefmütterlich behandelte Petition werden wir ein weiteres Mal zum Ausschussthema machen und darauf drängen, dass diese an den Bundestag weitergeleitet wird. Denn auch, wenn alle Diskussionen schon geführt und alle Lösungen verweigert wurden, braucht sich die Bundesrepublik nicht der Gefahr auszusetzen, von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gerügt zu werden. Es ist immer noch möglich, dass die Bundesregierung ein Gesetz erlässt, mit dem geschiedene Frauen aus der DDR aus der Altersarmut herausgeholt werden.“, schließt Karola Stange. ■

WICHTIGE TERMINE

Veranstaltung zur Erwerbslosenarbeit:

„Erwerbslosenarbeit gut gemacht“, ist der Titel einer Veranstaltung zu Themen, wie Grundsicherung, Leistungsrecht und Kosten der Unterkunft, am Sonntag, den 8. November, 10 bis 15 Uhr, im Kulturzentrum mon ami in Weimar, Goetheplatz 11. Auf der Veranstaltung des KOPOFOR Thüringen e.V. (Anmeldungen unter info@kopofor-thueringen.de) sprechen die Landtagsabgeordnete der LINKEN Ina Leukefeld sowie Harald Thomé, Tacheles e.V., und Vertreter des Weimarer Bündnisses SozialTransFair.

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:

www.die-linke-thl.de

Rechte Gewalt

Nach den Gewaltexzessen von Neonazis und rechten Hooligans in Köln hat die Bundestagsabgeordnete Katja Kipping (DIE LINKE) einen „neuen Aufstand der Anständigen gegen rechte Gewalt und rechte Propaganda“ gefordert. Auch Politiker von Linken und Grünen warnten davor, die Gefahr durch Neonazis zu unterschätzen. Es ist eine neue Debatte über das Vorgehen der Behörden entbrannt. „Trotz aller Warnungen haben die Sicherheitsbehörden das Gewaltpotential und die rechtsextreme Orientierung der Hooligans vollkommen unterschätzt“, heißt es aus der Linksfraktion im Bundestag. Dies sei „ein weiteres Kapitel in der Geschichte des staatlichen Versagens beim Kampf gegen Neonazis“. ■

Hetzjagd

Als „widerliche rassistisch motivierte Hetzjagd“ bezeichnet die Abgeordnete Katharina König (Fraktion DIE LINKE) Vorfälle in Hildburghausen. Nach Medienberichten sollen 10-15 Fahrzeuge einen Transporter mit Menschen aus Rumänien durch die Stadt getrieben und bedroht haben, wobei es zu Unfällen kam. Zuvor sollen sich die Beteiligten über eine geschlossene Facebook-Gruppe verabredet haben, die dem Neonazi Tommy Frenck zugerechnet wird. Die Hetzjagd sei nur Gipfel von „seit Monaten ansteigenden Anfeindungen durch eine Gruppe um das neonazistische Kreistagsmitglied Frenck“, so die Abgeordnete, die eine konsequente strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen erwartet. ■

Interregio für Jena

Das Jenaer Bahnbündnis fordert eine Lösung für den Fernverkehr auf der Saalbahn. Laut Medienberichten mahnt das Bündnis bei den Fraktionen des Thüringer Landtages an, Jena nicht ab Ende 2017 vom regelmäßigen Fernverkehr abzukoppeln. Es geht dabei offenbar von einem Regierungswechsel in Thüringen aus und wirbt darum, ein zweistündiges Interregio-Angebot zwischen Berlin und Nürnberg als Ziel im Koalitionsvertrag zu verankern. Der Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert (Linksfraktion) verweist auf ein Gespräch seines Fraktionsvorstandes mit Bahnchef Rüdiger Grube. Der habe zugesichert, diese Variante zu prüfen. Der Freistaat dürfe sich dem nicht verweigern“, so Lenkert. ■